



Überparteilich und überkonfessionell

**Ausschuss Wirtschaft, Finanzen
und Verbraucher*innenpolitik**
Vorsitzende
Hanna Irene Schüle
Leinhaldenweg 23
79104 Freiburg
Tel.: 0761-5579913

Antrag

**an den Bundesvorstand des DFR e.V.
zur Sitzung am 12. Oktober 2017 in Hannover**

Antragstellend: Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Verbraucher*innen

Der Bundesvorstand möge beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, in der kommenden Legislaturperiode eine neue Variante von Erwerbs- und Sorgearbeit zur Sicherung der eigenständigen Altersversorgung von Frauen zu erarbeiten.

Grundlage dafür soll das „Erwerb-und-Sorge-Modell“ sein, wie es die Sachverständigenkommission im zweiten Gleichstellungsbericht fordert.

Begründung:

Mit der zunehmend gleichberechtigten Integration von Frauen in die Erwerbstätigkeit hat sich in den letzten Jahrzehnten der Begriff „Zuverdienst“ verändert.

Aus gleichstellungspolitischer Sicht bedeutet dies jedoch lediglich eine Variation des Familienernährer-Modells.

Für den meist männlichen Familienernährer bleibt weiterhin kaum Zeit für die Familienarbeit und die meist weibliche Zuverdienerinnen kann trotz der Last, eine Teilzeiterwerbsarbeit und die familiäre Sorgearbeit vereinbaren zu müssen, kaum die eigene Existenz sichern und sich beruflich wenig entwickeln, was sich entscheidend auf die Altersbezüge auswirkt.

Freiburg, den 26. Juli 2017

Vorsitzende